

# GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 13. 32. Jahrg.

28. März 1919.

**ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEUR u. VERW. BERUFE**

**Abonnement.** Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1,50 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 2 Mk.

## Redaktion:

Adolf Domnick, Berlin N 24, Elsaßstr. 86-89.  
Montag-Telephon: Amt Norden 4268. Verlag: Otto Sillier, Berlin N 24. Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheideitz, Auguststr. 8-9

**Insertion.** Für die viergespaltene Nonparillezelle oder deren Raum 50 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 25 Pfg. pro Zeile. Beleggen nach Übereinkunft. — *Zuschriften an die Expedition erbeten*

## Inhalt:

**Hauptteil:** Bekanntmachungen. Nach 4 Monaten. Rundschau. Aus dem Tollhause des Kapitalismus. — **Allgemeines:** Ortsberichte: Hannover, Generalversammlung. — **Die photomech. Fächer:** Die Lehrlingsausbildung in der Chemigraphie. 1. Revolution und Tarif. — **Photographischer Mitarbeiter:** Der 2. Kollektivvertrag im Photographengewerbe. Ortsberichte: Frankfurt a. M., Photographen. — **Die Tapetenbrände:** Ortsberichte: Coswig, Formstecher. — **Feuilleton:** Geschäftspolitiker. Eingegangene Schriften. — **Anzeigen.**

## Bekanntmachungen.

### An alle Orts- und Gauvorstände

sandten wir unsere Rundschreiben Nr. 60 vom 24. März 1919, welches sehr wichtige Mitteilungen und Anweisungen enthält. Ferner sandten wir verschiedene Fragebogen mit, sowie sämtliches Material zur Abrechnung des 1. Quartals 1919 und die Berichtskarte für das statistische Reichsamt.

Sollte diese Sendung irgendwo nicht angekommen sein, so bitten wir, uns zwecks Nachlieferung sofort Mitteilung zu machen.

E. Der Verbandsvorstand.

### Zentral-Kommission der Lichtdrucker.

An alle Mitgliedschaften, in denen sich Lichtdrucker befinden, sandten wir unser Rundschreiben vom 22. März 1919 mit einem Fragebogen, den wir ausgefüllt bis zum 5. April zurückerbitten.

Wo diese Sendung nicht angekommen ist, bittet um Mitteilung Die Zentralkommission.

I. A. Franz Trapp, Berlin O. 34, Tilsiterstr. 26, v. IV.

## Nach 4 Monaten.

Der vor kurzem in der »Graphischen Presse« erschienene Kassenbericht über das 3. Quartal 1918 unseres Verbandes zeigt uns bereits einen wenn auch geringen Aufstieg. Bis Ende September des vergangenen Jahres ersehen wir daraus eine Steigerung des Mitgliederbestandes um 76 bei den Gehilfen, um 40 bei den Lehrlingen. Nur einen Monat später, und mit dem Zusammenbruch der Heeresfront, mit der Revolution im Innern, beginnt in unserem Verbands ein Umschwung, der die entgegengesetzte Wirkung zeigt als am Anfang des Krieges. Mehr als einmal haben wir es auseinandergesetzt, was damals, bei Ausbruch des Krieges, unser Elend hervorrief. Versuchen wir es, uns daran zurückzuerinnern.

Wie standen wir nach dem 1. August 1914?

Zu tausenden wurden unsere Kollegen zum Kriegsdienst eingezogen, zu tausenden flogen andere als arbeitslos auf das Pflaster, viele arbeiteten verkürzte Arbeitszeit, oder sahen ihre Entlassung gleichfalls vor Augen. Dazu die erhöhte Sorge für die Unterstützung der in Not geratenen verwandten Familienangehörigen und nicht zuletzt der fürchtbare seelische Druck, der auf allen lastete, die bange Sorge, was das, was nun wird, die Aussicht, bald selbst in das gräßliche Morden hineingezogen zu werden. All das veranlaßte viele, nutzlos die Hoffnung auf den Verband sinken zu lassen.

Den Verband traf dieser Schlag in der allerschwersten Situation. Hinter uns lag ein Kampf, wie er im Verhältnis schwerer, eiferreicher kaum je von einer Berufsgruppe geführt wurde. Außer Schuldscheinen fast nichts in der Kasse. Der Wiederaufbau, an dem die Kollegen mit allen Kräften arbeiteten,

gründete sich auf die Hoffnung, durch äußerste Sparsamkeit allmählich mit den eingehenden Beiträgen die Gesundheit des Verbandes herbeiführen zu können.

Da wurden auf einen Schlag mehr als 5000 Kollegen arbeitslos, wurden 2000 Kollegen eingezogen. Ein anderer, nicht geringer Teil benutzte die Gelegenheit, sich gleichfalls vor dem lästigen Beitragzahlen zu drücken, oder hatte tatsächlich mit so trostlosen wirtschaftlichen Verhältnissen zu rechnen, daß auch ihm die Beitragszahlung unmöglich wurde. Wir können sagen, daß in wenigen Monaten damals die Beitragszahlung auf ein Drittel zusammenschumpfte. Aber auch dieses Drittel erreichte die Hauptkasse nicht mehr, von der weit mehr an Unterstützungssummen gefordert wurden, als Beiträge eingingen. Auf die regelmäßige Beitragszahlung ruhte nach dem schweren Kampf 1911/12 unsere Unterstützungsleistung und als diese Beitragszahlung stockte, da brach das ganze Gebäude zusammen.

Die Solidarität der anderen Gewerkschaften hat uns gerettet. Seit dem Tage, als uns der Kredit zur Verfügung gestellt wurde, da schöpfte die geringe Zahl der unentwegt treu zum Verbands stehenden Kollegen neue Hoffnung und gelobte sich, den Verband in jeder Weise sicher zu stellen. Es ging unsäglich langsam. Durch Einziehungen wurde die Mitgliederzahl immer geringer, aber, und das war unsere Rettung, die Arbeitslosigkeit sank gleichfalls und verschwand schließlich fast gänzlich. Zur Urabstimmung über die Beitragserhöhung im März vorigen Jahres stellte der Verbandsvorstand eine eingehende Aufrechnung an, um festzustellen, wie hoch die Beitragseinnahmen sein müssen, um der mit Sicherheit zu erwartenden Arbeitslosigkeit bei Beendigung des Krieges begegnen zu können.

Wir dürfen heute konstatieren, daß diese Berechnungen, trotz des fürchterlichsten Zusammenbruches und trotz der grauenhaften Wirkungen auf unser graphisches Gewerbe, uns nicht getäuscht haben. Jetzt, nachdem über 4 Monate nach der Revolution ins Land gegangen sind, nachdem trotz allem ein leichter Aufstieg auch in unserem Gewerbe sich bemerkbar macht, können wir sagen, wir sind über den Berg. Der Verband, der zwei so riesenhafte Krisen überwunden hat, ist nicht tot zu kriegen. Unsere Unterstützungszahlungen werden im allgemeinen durch die eingehenden Beiträge gedeckt. Das sehen wir wieder jetzt recht deutlich. Vor dem Kriege gingen durchschnittlich 30000 Mark für den Monat an Geldsendungen der Mitgliedschaften an die Hauptkasse ein, in der letzten Kriegszeit, bei der geringen Mitgliederzahl und den geringen Ausgaben, betragen diese Geldsendungen nur 10000 Mark. Die nach dem Zusammenbruch der Front einsetzende Arbeitslosigkeit drückte diese Zahlen wieder einmal herunter auf 1700 Mark im Dezember. Von da ab stiegen sie auf 3600 Mark im Januar und 5600 Mark im Februar dieses Jahres.

Es ist begreiflich, daß bei den enormen Ausgaben der letzten Monate die eingehenden Mitgliederbeiträge trotz allem vielfach nicht reichten. Die Hauptkasse mußte Zuschüsse

zahlen und zwar im Dezember 20000 Mark, im Januar 19000 Mark und im Februar 14000 Mark. Eine kleine Steigerung brachte uns dann noch der März auf 15000 Mark, aber nur deshalb, weil hier eine der größten Städte noch einmal 10000 Mark als Vorstoß erhalten mußte. Würden wir das verteilen auf die tatsächlich in Anspruch genommene Zeit, so hätte uns auch der März einen geringeren Ausgabeposten für die Hauptkasse gebracht. Erfreulich ist, daß viele Städte bisher ohne jeden Zuschuß aus der Hauptkasse auskamen und nicht nur kleine Städte. So hat z. B. von den größeren Städten Dresden und Hannover noch keinen Zuschuß erhalten, Hamburg nur eine geringe Summe. Manche hatten sogar noch Geld abgeliefert. An größeren Zuschüssen haben erhalten: Berlin einmaliger Zuschuß von 10000 Mark, Leipzig, wo die Arbeitslosigkeit wohl am schlimmsten wütete, 20000 Mark. Einige andere Städte entsprechend geringere Beträge. Vom November bis Ende Januar, d. h. in den zwei schlimmsten Monaten, hat unser Kassenbestand, von 329800 Mark auf 263000 Mark, d. h. um 66700 Mark abgenommen.

Nach mancherlei Anzeichen dürfen wir wohl annehmen, daß wir den größten Tiefstand in der Arbeitslosigkeit unseres Gewerbes bereits überschritten haben. Die Gefahr ist überwunden. Trotz wesentlich höherer Leistungen als zu Anfang des Krieges und ebenfalls größerer Arbeitslosigkeit steht unsere Kasse vollkommen gesichert da. Was die Kollegen den ins Feld Ziehenden versprochen haben: die Berufsorganisation durch den Krieg zu erhalten, das haben sie redlich erfüllt. Aus einem Gebäude, das nahe am Zusammenstürzen war, haben sie unter unsäglichem Schwierigkeiten, mit einem Drittel des Mitgederbestandes der Friedenszeit und mit den unzulänglichsten Mitteln, ein Gebäude wieder hergerichtet, das allen Stürmen zu trotzen in der Lage ist. Größer, als die Flucht der Kollegen bei Ausbruch des Krieges war, ist heute das Zuströmen zu dem Verbands. Vom 9. November bis zum 21. März dieses Jahres betrug die Zahl der Neuanmeldungen zu unserem Verbands 3083.

Das allein beweist besser als alle Zahlen das Vertrauen, das unsere Kollegen zu ihrer Berufsorganisation haben. Es mag uns aber anfeuern, unablässig zu agitieren, daß recht bald auch der letzte Kollege zur Organisation herangezogen wird.

## Rundschau.

**Keine Entlassung vor 15. April gestattet.** Die Verordnung des Demobilisationsamtes vom 9. Januar und 1. Februar 1919 betreffend die Beschäftigung Schwerekriegsbeschädigter ist, nachdem der Reichsbund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer im Reichsausschuß für Kriegsbeschädigtenfürsorge auf die Unzulänglichkeit der Verordnung hingewiesen und eine Abänderung gefordert hat, jetzt dahin abgeändert worden, daß der Termin, an dem frühestens Schwerekriegsbeschädigten gekündigt werden darf, bis zum 15. April hinausgeschoben worden. Bis dahin heißen die zuständigen Stellen einen Überblick über die Zahl der Schwerekriegsbeschädigten und über die vorhandenen geeigneten Arbeitsplätze zu haben. Bis zum 15. April 1919 wird hoffentlich das Demobilisationsamt eine Verord-

nung erlassen, die die Existenz aller Schwerebeschädigten sicherstellt.

**Wahrt eure Rechte!** Über ein neues Rechtsmittelfahren bringen die Mitteilungen des Bundes der Kriegsbeschädigten nachfolgende wertvolle Hinweise: »Das neue Rechtsmittelfahren ist Gesetz. Vom 1. März ab betragen die Einspruchsfristen nur noch einen Monat. Nicht eindringlich genug können wir aber den Kameraden und Witwen, vor allem auch unseren Rechtsauskunftsstellen die folgende Übergangsbestimmung des Gesetzes einprägen: »Die oberste Militärverwaltungsbehörde des Kontingents hat über Ansprüche, die sich auf eine nach dem 1. August 1914 abgeschlossene Dienstleistung stützen und auf Grund endgültiger Entscheidung innerhalb der obersten Militärverwaltungsbehörde gebildeten Kollegiums abgewiesen sind, auf Antrag einen neuen Bescheid zu erteilen. Dies gilt entsprechend, wenn eine andere Militärverwaltungsbehörde den Anspruch auf Grund eines Totbestandes abgewiesen hat, der der endgültigen Entscheidung des Kollegiums unterliegen hätte, wenn Einspruch bis zur obersten Militärverwaltungsbehörde eingelegt worden wäre. Der Antrag ist bis zum Ablaufe des 31. Dezember 1919 zu stellen.« Um diese wichtige Vergünstigung haben unsere Vertreter nach amtlicher Feststellung gekämpft wie die Löwen. Sie ermöglicht allen Kameraden und allen Witwen, deren Ansprüche wegen Versagung von Dienstbeschädigung bisher abgelehnt wurden, eine Nachprüfung. Der Anrufung des Militärversorgungserichts muß die Erteilung des neuen Bescheides vorausgehen. Dieser neue Bescheid muß unmittelbar beim Kriegsministerium, Versorgungs- und Justizabteilung, in Berlin gestellt werden. (Für Sachsen in Dresden, für Bayern in München, für Württemberg in Stuttgart). Der alte Bescheid ist beizufügen. Man beantrage schon jetzt die neuen Bescheide und warte nicht bis zum Dezember 1919. Macht die abgewiesenen Witwen und Kameraden auf die Vorschrift aufmerksam.«

**Die Zahl der Erwerbslosen in Groß-Berlin.** Am 11. März wurden in Groß-Berlin 275 035 Erwerbslose gezählt. Davon entfielen auf Berlin 185 420, die übrigen auf die Vororte. Am 8. März betrug die von der Stadt Berlin seither gezahlte Erwerbslosen-Unterstützung 61 107 215 Mark.

**Das Reichsamt für wirtschaftliche Demobilisierung** befindet sich zurzeit in Liquidation. Mehrere Gruppen sind bereits auf andere Behörden übertragen worden; über weitere Überlieferungen wird noch verhandelt. Der Staatssekretär Dr. Koeth beabsichtigt, nach Beendigung der wirtschaftlichen Demobilisierung sich aus dem politischen Leben zurückzuziehen.

**Die Anstellung von Bauarbeiterkontrolluren** in den Bundesstaaten nach dem Vorbild in Preußen hat eine nicht zu unterschätzende Förderung erfahren. Das Reichsarbeitsamt hat durch Schreiben vom 23. Dezember 1918 sämtlichen Bundesregierungen das Rundschreiben des Staatskommissars für Wohnungswesen an die Regierungspräsidenten vom 13. Dezember 1918 betreffend die Anstellung von Bauarbeiterkontrolluren mitgeteilt und ihnen nahegelegt, diese Sache in gleicher Weise zu regeln. Bekanntlich sollen danach staatlicherseits unter der Mitwirkung der Gewerkschaften solche amtliche Kontrolluren obligatorisch angestellt werden. Von einer Zahl von Bundesregierungen ist bereits die Mitteilung eingegangen, daß sie derartige Anstellungen in die Wege geleitet oder in Aussicht genommen haben.

**Dr. Heim, der Führer des Bayerischen Bauernbundes,** äußerte sich über die innere Sabotage: »Das Schlimme aber ist die innere Sabotage, wodurch die Landwirtschaft an der Arbeit gehindert wird. Getreide liegt noch ungedroschen, Mühlen stehen still, alles, weil keine Kohle da ist. Wir haben noch für 9 bis 10 Wochen Lebensmittel. Dann werden die Hungernden von der Straße in die Häuser gehen. Und dann kommt das zweite Stadium: Die Plünderung nach dem Lande. Bei Nürnberg haben bereits Spartakisten das Vieh aus den Ställen getrieben. Es wäre die höchste Zeit, allen inneren Streit zurückzustellen und nur auf die Not des Augenblicks zu sehen. Wir stehen in Wirklichkeit vor einem Abgrund. Die Situation ist so tragisch ernst, daß ich nicht verstehen kann, wie draußen die Massen sich irreführen lassen und Vergnügen nachjagen können. Wäre es denn nicht möglich, daß wir eine Formel finden, würdig dieser Versammlung, um ohne Unterschied der Partei vor dem ganzen Volke vorstellig zu werden. Die Hoffnung auf das Ausland ist ebenso trügerisch, wie es die Hoffnung auf den ukrainischen Weizen war. Es wird der schreckliche Augenblick kommen, wo wir vor dem Nichts stehen.«

## Aus dem Tollhause des Kapitalismus.

Unter dieser Überschrift veröffentlicht Dr. Paul Lensch in der Glocke einen Artikel, der recht wertvolle Hinweise enthält, wenn wir uns auch mit seiner Grundauffassung, wonach nur England unser Elend verschuldet, nicht einverstanden erklären können. Daß aber die furchtbare Verzweif-

lung, die das deutsche Volk ergriffen hat, seine Ursache in der mörderischen Absperrung vom Weltmarkt zu suchen hat und nur durch die Aufhebung der Absperrung behoben werden kann, das scheint uns in den nachfolgenden, aus genanntem Aufsatz im Auszug wiedergegebenen Sätzen überzeugend dargestellt.

»Inzwischen freilich tut die Entente alles, um auch die wirtschaftliche Not in Deutschland bis zum Zusammenbruch der gesamten Volkswirtschaft zu steigern. Hierbei spielt die Aufrechterhaltung der Blockade die wichtigste Rolle. Wie sie in Deutschland wirkt, ist bekannt genug. Zu Hunderttausenden fallen ihr unsere Kinder zum Opfer. Rachitis, Blutarmut und Tuberkulose sind Massenkrankungen unserer Schuljunge geworden. Vom 12. Jahre ab wird ein auffälliger Stillstand des Wachstums festgestellt, und das Körpergewicht sinkt ständig unter seine Normalgrenze. Die Ziffer der Sechsjährigen, die wegen allgemeiner Körperschwäche vom Schulbesuch befreit werden müssen, ist in den letzten zwei Jahren erschreckend gewachsen. Im ganzen ist, wie amtlich festgestellt wurde, die Sterblichkeitsziffer bei Kindern von 1—15 Jahren gegen das letzte Friedensjahr um das Doppelte gestiegen. Turn- und Spielunterricht mußte eingeschränkt werden, weil er körperlich nicht mehr bewältigt werden konnte. Die allgemeine Sterblichkeitsziffer ist in Berlin in den Monaten Januar—Oktober im Jahre 1913 bis 1918 von 13,48 pro Tausend auf 20,05 gestiegen. Im Jahre 1918 starben allein an Tuberkulose rund 30 000 Menschen mehr als 1913. Dem steht ein ganz ungeheurer Geburtenrückgang gegenüber. Im Königreich Sachsen wurden 1917 mehr als 70 000 Kinder weniger geboren als 1912, das ist ein Rückgang von 60 Prozent. — — —

Die Lebensmittelnot Europas ist nicht dem Mangel an Lebensmitteln in der Welt zuzuschreiben, sondern lediglich dem Mangel an Transportmöglichkeiten. Jahrelang verdarben deshalb viele Millionen Tonnen Getreide in Übersee, besonders in Australien. Die Frachttariffe und die groteske Höhe der Seefrachten hatten eine derartige Höhe der Preise für Getreide und Futtermittel herbeigeführt, daß die Ententeregierungen sich gezwungen sahen, durch Garantie entsprechend hoher Preise ihren Getreideproduzenten den nötigen Anreiz zum Anbau für Körnerfrüchte zu geben. Diese Gesetze sichern noch für das Jahr 1919 den Agrariern in England wie in Frankreich, Italien und Amerika exorbitante Preise zu. Die Folge war, daß besonders in der amerikanischen Union die Anbaufläche für Weizen auf Kosten der Fläche für Baumwolle und Mais enorm stieg. Da Amerika nun noch aus dem vorigen Jahr ungefähr eine Million davon Restbestand hat, so wird es ungefähr 16 Millionen Tonnen Weizen für die Ausfuhr zur Verfügung haben. Rednet man hierzu noch die Übersüsse aus Argentinien, Australien und Kanada, so stehen rund 30 Millionen Tonnen Weizen für die Versorgung Europas zur Verfügung. Dieses gewaltige Überangebot hat schon jetzt begonnen, auf die Preise zu drücken. Nach fachmännischen Angaben des Frankfurter Handelsblattes stellt sich heute die Tonne argentinischen Weizens frei an Bord Buenos Aires auf zirka 52,5 Dollars Gold, während der durch die nordamerikanischen Garantiesetze dem amerikanischen Agrarier zugesicherte Preis frei an Bord Amerika 69 bis 70 Dollar ist. Da nun inzwischen die Seefrachten auf ein Viertel der Kriegsrates zurückgegangen sind, so stellt sich der argentinische Weizen in England auf 57 Shilling gegen den in England garantierten Inlandspreis von 72,6 Shilling. In Frankreich und Italien kostet der gleiche Weizen 35 Francs, der garantierte Inlandspreis dagegen 60 Francs.

Das Problem für die Finanzkapitalisten der Welt besteht nun darin: was soll man mit der entsetzlichen Überfülle billigen Weizens machen? Die Agrarier aller Länder bestehen auf ihrem Schein und in der Tat sieht sich Amerika jetzt genötigt, den angebauten Weizen auf Staatsrechnung zu übernehmen, natürlich zum garantierten Preise. Was es mit dem Überschuß machen soll, weiß es selber noch nicht recht, unter allen Umständen aber schaltet es das einst so beliebte »freie Spiel der Kräfte« sorgfältig aus, da es sonst einen Preisfall auf zirka die Hälfte der Kosten erleben könnte, der der Union einen Verlust von ungefähr einer Million Dollars verursachen würde. England hat schon während des Krieges den Brotpreis niedrig gehalten, indem es den Bäckern eine Zubezue zahlte, die der englischen Regierung jährlich eine Milliarde Mark — in Vorkriegsvaluta berechnet — kostete. Auch in Italien und Frankreich geht die Differenz zwischen dem garantierten Inlandspreis und dem schon heute möglichen Einkaufspreis in Argentinien in die Milliarden Franken.

Das ist nun der wahre Grund, um dessentwillen die Bourgeoisie der Entente die Hungerblockade gegen Deutschland aufrecht erhält. Nicht politische Gründe sind maßgebend, sondern lediglich der bedrohte Kapitalprofit. Niemals ist der Brennpunkt: »vae victis!« furdurbar in die Erscheinung getreten, als diesmal gegen Deutschland, dessen Jugend man kaltblütig abschlachtet, nur damit die Kapitalistenklasse des »Völkerbundes« ihren ausgemachten Profit einheimen kann. Be-

zeichnend ist, daß man von diesen wahren Gründen der Aushungerungspolitik beharrlich schweigt und immer noch das irre Gerede im Munde führt, man brauche die Blockade als »Druckmittel« gegen etwaigen deutschen Widerstand. Es ist in der Tat so, als wolle der Kapitalismus, bevor er als die Welt beherrschendes System zusammenbricht, sich noch einmal in seiner ganzen Scheußlichkeit zeigen, und es liegt ein tiefer Sinn darin, daß er seine blutigsten Krallen jetzt gerade gegen das Land richtet, in dem die höhere Gesellschaftsordnung des Sozialismus sich ihren Weg zu bahnen und damit den Kapitalismus zu überwinden droht, gegen Deutschland, und zwar gegen Deutschland als Gemeinschaft, als Nation, nicht gegen die deutsche Arbeiterklasse im besonderen. — — —

Und in einem späteren Aufsatz: »Ausprechen, was ist«, sagt Lensch: »Der Hunger ist es, der so große Teile unserer Arbeiterschaft so leichte Opfer des Spartakistenterrors werden läßt. Gerade aus diesem Grunde versöhnen alle die reichen politischen Gaben nicht, mit denen das Kabinett Scheidemann das deutsche Volk beschenkt hat. Politische Rechte machen nicht fett. In den Kriegsjahren hätte ein Bruchteil der jetzt eroberten politischen Freiheiten Wunder gewirkt. Jetzt sind die Freiheiten im reichsten Maße da, aber die Wunderwirkung ist völlig ausgeblieben. Und auch die Sozialisierungsvorlage, wie auch immer sie in der Praxis sich bewähren mag, hat einen tiefen Eindruck auf die Arbeiterklasse nicht gemacht. Einen Eindruck machen nur Lebensmittel. Nun ist es freilich richtig, daß die Regierung nicht in der Lage ist, Lebensmittel herbeizuschaffen, um so schärfer aber sollte sie immer wieder die Gründe vor aller Welt festnageln, weshalb sie das nicht kann. Jenseits des Ozeans, in Nord- und Südamerika wie in Australien, häufen sich, wie wir vor kurzem an dieser Stelle nachgewiesen hatten, Rohmaterialien und Lebensmittel in geradezu beängstigender Weise an. In den neutralen Ländern, in Dänemark, Holland, der Schweiz, dicht vor der deutschen Grenze, füllen sich die Vorratsspeicher mit eingelagertem Schmalz, Kakao, Kaffee usw. In Deutschland fallen die Menschen wie die Fliegen, täglich fast 1000, der Absperrung zum Opfer. Allein England denkt nicht daran, die Blockade aufzuheben. — — —»



## Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

## Ortsberichte.

**Hannover. Generalversammlung** vom 24. Februar 1919. Zum 1. Punkt unserer Tagesordnung gab Kollege Peter, welcher zugleich das Amt als Kassierer verwaltet hatte, Bericht über die Einnahmen und Ausgaben unserer Ortsverwaltung. Darauf verlas er zwei Schreiben von dem Kreisvertreter des Schutzverbandes, Herrn Ebbard. In dem ersten Schreiben wurde mitgeteilt, trotzdem wir vorher versprochen worden ist, daß wir in derselben Art und Weise unsere Zulage erhalten sollen wie die Buchdrucker, daß unsere Forderung vom Tage der Einreichung, des 10. Januar, mit rückwirkender Kraft nicht gezahlt werden könne. Das zweite Schreiben enthielt die Nachricht, daß die Unternehmer geneigt sind, mit rückwirkender Kraft vom 1. Februar pro Woche 12,— Mk. Teuerungszulage zu zahlen. Verschiedene Kollegen schilderten in längerer Aussprache die eventl. eintretende Verkürzung der Arbeitszeit durch Arbeits- oder Kohlenmangel. Beschlossen wurde, daß in diesem Falle sofort der Vorstand benachrichtigt werden müsse, um ev. die Vereinbarungen geltend zu machen und die Arbeitszeit für die gesamten Betriebe gleichmäßig zu regeln. Der Vorsitzende erstattete darauf den Jahresbericht. Es ergab sich, daß der Vorstand stets auf der Hut gewesen ist und bemüht war, in fieberhafter Tätigkeit die traurige Lebenslage der Kollegen zu verbessern. Als 1. Vorsitzender wurde Peter (Lithograph) wiedergewählt, zum 2. Vorsitzenden Flamm (Reproduktionsphotograph); als Kassierer Köhler (Steindrucker), als 1. Schriftführer Heine (Steindrucker), 2. Schriftführer Bahr (Lithograph), zu Beisitzern Grimme (Steindrucker), Höfer (Formstecher), Katz (Steindrucker) und Nicolai (Lithograph). Kartelldelegierte Schnetter (Lithograph) und Rehmer (Steindrucker), Ersatzmann Linse (Steindrucker). Zu Revisoren wurden gewählt Ortman (Steindrucker), Schlotthauber (Steindrucker) und Rühlend (Steindrucker). Arbeitsausschussverwalter wurde Kollege Meyer. Besonders wurde Wert darauf gelegt, daß jede Gruppe unseres Verbandes im Vorstande vertreten sei. Unter Verschiedenes wurde zur Sprache gebracht, daß einzelne Gelbe, Angehörige des Frankfurter Verbandes, unter Anrechnung ihrer Karenzzeit gewillt sind, in unserem Verband überzutreten. Wenn man berücksichtigt, daß nun die freien Gewerkschaften als Vertreter der Arbeiter von den Unternehmern Deutschlands anerkannt worden sind, und die übrigen Organisationen sich selbst überlassen bleiben, kann man sich die Situation der Gelben leicht vorstellen. Denn durch das stete Steigen der Mitgliederzahl



